

ENTSCHEIDUNG

Die Hauptversammlung des Österreichischen Städtebundes stellt mit Bedauern fest, daß das Wiederaufbaufondsgesetz, das von den Städten und Gemeinden, die durch Kriegsschäden schwer gelitten haben, dringend erwartet wird, bisher nicht zustande gekommen ist. Der Österreichische Städtebund ist besorgt, daß der Wiederaufbau aus Mangel an finanziellen Mitteln ins Stocken geraten könnte, wenn Regierung und Parlament nicht rechtzeitig die notwendigen gesetzlichen Vorsorgen treffen.

Trotzdem bereits zahlreiche Entwürfe für ein Wiederaufbaufondsgesetz im Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau aufliegen, darunter ein Entwurf des Österreichischen Städtebundes, ist ein solches Gesetz bisher nicht einmal noch ernsthaft beraten worden. Die Bevölkerung der Städte leidet unter der, durch die Kriegsschäden und die Besetzung geschaffenen Wohnungsnot außerordentlich schwer. Nur durch rasche Gesetzgebung des Wiederaufbaufondsgesetzes wird der ungestörte Fortgang des Wiederaufbaues gesichert.

Der dritte Österreichische Städtetag richtet daher an die Bundesregierung und an die politischen Parteien den dringenden Apell, das Gesetz raschest fertig zu stellen, damit die Wiederaufbauarbeiten der nächsten Jahre gesichert werden.